

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: www.neumayr.cc

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken	69
<i>Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa	143

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen
zum Ersten Weltkrieg* 165

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Rolf Wortmann, Osnabrück
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken
einer problematischen Denkfigur* 179

Susanne Güsten, Istanbul
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen
in der Südosttürkei* 191

Albrecht Weber, Osnabrück
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus
rechtlicher Perspektive.* 201

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 213
Abbildungsnachweis 219

Rolf Wortmann, Osnabrück

Wozu Geopolitik?

Von der Wiederkehr und den Risiken einer problematischen Denkfigur

Ein Gespenst geht um in der Politik, das Gespenst der Geopolitik. Eine überwunden und für tot erklärte Denkfigur hält seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkten publizistischen Einzug in die Analyse internationaler Politik und der Außenpolitik von Staaten. Immer häufiger begegnen wir bei der Deutung der vielen Konfliktzonen der Weltpolitik – insbesondere zum Ukrainekrieg – Begriffen wie ›geostrategisch‹ oder ›geopolitisch‹. Zuweilen entsteht der Eindruck, es handle sich dabei um Joker-Begriffe, um Konflikten, die sich herkömmlichen Erklärungen entziehen, einen Namen zu geben.

Warum erlebt eine durch die Legitimierung der deutschen Lebensraumpolitik der Nazis als pseudowissenschaftlich diskreditierte Ideologie nun ihre Renaissance? Ein Versuch, darauf eine Antwort zu finden, muss zunächst daran erinnern, dass der schillernde Begriff Geopolitik außerhalb Deutschlands andere Bedeutungen hat und immer präsent war. Was Geopolitik normativ und analytisch leistet und wie es um ihren Anspruch steht, eine auf objektiver wissenschaftlicher Erkenntnis basierende Anleitung zum politischen Handeln zu sein, soll hier erörtert werden. Eine Rekonstruktion der verschiedenen Bedeutungskontexte zeigt, in welchen Formen und Traditionslinien sich Geopolitik heute als obsolet bzw. als anschlussfähig für neue Problemstellungen und Interessenlagen erweist.¹

I. Geopolitik: die Genese eines Begriffs – Da der Mensch auf der Erde lebt, ist die soziale Bedeutung des Erdraumes für das menschliche Dasein und Handeln zu allen Zeiten Gegenstand vielfältiger Betrachtungen gewesen. So hat beispielsweise *Montesquieu*, für das 18. Jahrhundert typisch, der Bindung des Menschen an Raum und Klima eine herausragende Rolle zugewiesen. Dass die politischen Mächte sich nach Größe und Lage des Raumes und in Land- und Seemächten unterscheiden lassen, ist in Gestalt der sie verkörpernden mythischen Ungeheuer *Leviathan* und *Behemoth* aus dem *Buch Hiob* seit Langem bekannt und (nicht nur) von *Carl Schmitt*

in *Land und Meer* (1942) zum bewegenden Prinzip der Weltgeschichte aufgeladen worden.

Eine politische Geographie mit einem stets umstrittenen Anspruch einer wissenschaftlichen Disziplin in praktischer politischer Absicht entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts. In diesem Zeitalter des Imperialismus ist nach der vollständigen Eroberung Afrikas die Welt unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilt. Territoriale Zugewinne waren fortan nur auf Kosten anderer zu erzielen, was Konflikte bis hin zum Krieg wahrscheinlicher machte. Diese weltpolitische Ausgangslage am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der Boden für die Entstehung der klassischen Phase der Geopolitik. Ihr maßgeblicher Wegbereiter war der deutsche Geograph *Friedrich Ratzel* (1844-1904) mit seinem Werk *Politische Geographie* (1897). *Politisch* wird die als Naturwissenschaft verstandene Geographie durch die Annahme, dass ein Staat erst durch die natürlichen geographischen Gegebenheiten des Raumes wie Lage, Größe, Landschaft und Klima in seinem Wesen bestimmt werden kann. So sind für ihn Staaten mit großer Flächenausdehnung im Vorteil, solche mit wachsender Bevölkerung zur stetigen Erweiterung ihres »Lebensraumes« gezwungen. Den Staat begreift Ratzel nicht mehr in der liberalen Tradition als Rechtssubjekt, sondern als »organisches Wesen«, als »lebendigen Organismus«, dessen natürlicher, auf Wachstum gerichteter Lebenswille eingepfercht wird in der Enge eines vorgegebenen Raumes. Der Raum sei statisch, das Leben dynamisch. Der »natürliche Drang« einer wachsenden Bevölkerung nach Lebensraum verlange auch für das deutsche Volk nach einem Großraumstaat analog zu den USA oder Russland. Diesen Lebensraum sah Ratzel für das Deutsche Reich damals noch als zukünftiges Kolonialreich in Afrika. Dazu forderte er Deutschlands Einstieg in die Weltpolitik. So wurde Ratzels politische Geographie zur Legitimation des imperialen Anspruchs auf einen »Platz an der Sonne« und mündete in der Unterstützung des Flottenprogramms des von 1897 bis 1916 als Staatssekretär des Reichsmarineamts wirkenden Vizeadmirals *Alfred von Tirpitz*.

Den Begriff Geopolitik führte der in Deutschland sehr populäre germanophile schwedische Staatswissenschaftler *Rudolf Kjellén* (1864-1922) zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein, zum Durchbruch kam er aber erst in den 1920er Jahren in Deutschland durch *Karl Haushofer*. Kjellén entwickelte in seinem auflagenstarken Buch *Der Staat als Lebensform* (1916) aus den geographischen Naturbedingungen ein ganzes »System der Politik«. Anknüpfend an Ratzel folgte er dem biologistischen Verständnis vom Staat als lebendigem Organismus, der – den eigenen naturhaften Gesetzen folgend – mit dem ihm völkerrechtlich zufallenden Raum nicht identisch bleiben kann. Den begrenzten Aktionsradius des Nationalstaates, der bei

Ratzel noch durchschimmert, ersetzt Kjellén durch den Begriff des ›Reiches‹. Er allein kann dem natürlich wachsenden ›Volkstum‹ die erforderlichen ›fließenden Grenzen‹ schaffen. Neben den schon von Ratzel aufgeführten politisch maßgebenden Faktoren spielen bei Kjellén in Anlehnung an *Friedrich Naumanns* Werk *Mitteleuropa* (1915) die wirtschaftliche Autarkie als Abkoppelung vom britisch dominierten Weltmarkt und ein einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsraum eine zentrale politische Rolle. Als selbstverständlich gilt, dass das nach Lebensraum drängende ›Volkstum‹ ein natürliches Recht auf Raumeroberung hat und dieses über das abstrakte, für alle Akteure gleichermaßen geltende Völkerrecht gestellt wird. Damit entwickelt Kjellén Ratzels naturalistisches Politikverständnis, angereichert mit sozialdarwinistischen Zügen, weiter. Mit der Hypostasierung des biologisch determinierten Dranges nach Lebensraum finden sich bei ihm viele Elemente, die *Hans Grimm* in seinem Roman mit dem programmatischen Titel *Volk ohne Raum* (1926) massenwirksam popularisierte.

Der Geograph Karl Haushofer entwickelte ab den 1920er Jahren mit der einflussreichen *Zeitschrift für Geopolitik* die Geopolitik zu einer »exakten Wissenschaft«, die gestützt auf »objektive Naturgesetze« politisches Handeln anleiten sollte. Politisch reichten die wissenschaftlichen Einsichten zunächst nur zum Kampf gegen ›Versailles‹, den Friedensvertrag am Ende des Ersten Weltkriegs. Dieser Revisionismus steht bereits im Geiste eines Reichsgedankens, der die Identität von Staat, Nation und Territorium zugunsten von Reich, Volk und Lebensraum als organischer Einheit aufhebt. Die Notwendigkeit der Eroberung zusätzlichen Lebensraumes für das deutsche Volk steht ebenso außer Frage wie das Recht, erforderliche Räume zu okkupieren. An die Stelle eines universalen Völkerrechts mit souveränen und gleichberechtigten Nationalstaaten tritt die Aufteilung der Erde in mehrere, von Groß- und Weltmächten kontrollierte Regionalblöcke, die in ständigem Kampf ums Überleben stehen.

Haushofers geopolitisches Programm, das seine weltanschauliche Nähe zum Nationalsozialismus weder verleugnen konnte noch wollte, war an einer heute nur noch schwer nachvollziehbaren Stelle für *Hitlers* Ziele nicht ausreichend. In der ›Blut-und-Boden‹-Ideologie war Haushofer nur ein Vertreter der ›Boden‹-Komponente. Die Aufteilung der Erde konzipierte er in Form mehrerer regional abgetrennter Kontinentalsysteme. Die ›Blut‹-Komponente der NS-Rassenlehre zielte dagegen auf einen biologisch fundierten, unbegrenzten Lebensraumanspruch.² Doch in einer Hinsicht lieferte Haushofer dem nationalsozialistischen Expansionsprogramm die entscheidende geopolitische Neuorientierung. Anders als seine Vorläufer fand er die erforderlichen Lebensräume nicht mehr in afrikanischen Kolo-

nien, sondern in der nahe liegenden, von der Sowjetunion bzw. Russland kontrollierten eurasischen Landmasse. Sie wurde zur Zitadelle des ›Großdeutschen Reiches‹, zum Kern potenzieller Weltherrschaft. Dieser Größenwahn erhielt eine schauerliche Legitimität, weil man sich ausgerechnet einer geopolitischen Entdeckung des Briten *Halford J. Mackinder* (1861-1946) bedienen konnte, die sich zur fixen Idee entwickelte.

Mackinder hatte 1904 in einem aufsehenerregenden Fachaufsatz der damals vorherrschenden Doktrin des populären amerikanischen Seemachtstheoretikers *Alfred T. Mahan* von der ›Herrschaft der Seemächte‹ (*New Navalism*) widersprochen:³ Er erklärte das ›kolumbianische Zeitalter‹ für beendet. Vier Jahrhunderte hatte die Dominanz des Meeres, gestützt auf die technologische Überlegenheit der Seefahrt gegenüber den ländlichen Transportsystemen, gehalten. Aber nun, da die Eisenbahn als neues Verkehrsmittel den Raum erobere und die technologischen Nachteile gegenüber der Seefahrt ausgleiche bzw. sogar vertausche, sei ein neuer Blick auf die Weltkarte erforderlich. Die Weltherrschaft erfolge nicht mehr von See her, sondern von jener, für die Seemächte unzugänglichen Landmasse, um die sich nun alles drehe. Mackinder lokalisierte sie in der Region zwischen Osteuropa und dem Ural. Am Ende des Ersten Weltkriegs kreierte Mackinder für diese öde, unwirtliche und kaum bewohnte Steppenlandschaft den Begriff *heartland* (auch Eurasien genannt) und entwickelte mit Blick auf diese Region die alle machtbesessenen Geister elektrisierende Formel: »Who rules East Europe commands the Heartland: Who rules the Heartland commands the World-Island: Who rules the World-Island commands the world.«⁴

Welche politische Bedeutung die Verkehrung des Verhältnisses von Land- und Seemacht und die geopolitische Aufwertung der eurasischen Landmasse bei den Friedensverhandlungen in Versailles und für die territoriale Neuordnung Osteuropas sowie die Politik gegenüber der Sowjetunion hatten, ist umstritten. In der Logik der Geopolitik folgte daraus aber, dass die Seemächte, präziser nun die USA, geostrategisch in die Defensive gerieten. Ihre führende Rolle konnten sie nur halten, wenn sie die Randgebiete (*rimlands*), die Küstenregionen der eurasischen Landmasse am Pazifik und Atlantik kontrollierten. Der ›Russische Bär‹ musste in seinen Käfig eingeschlossen werden. Genau das taten die USA lehrbuchmäßig nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem weltumspannenden System von Bündnissen. So war und ist die NATO neben einer Wertegemeinschaft »mehr noch ein geostrategisch konstituierter Verbund«, wie *Herfried Münkler* urteilt.⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt der Begriff Geopolitik in Deutschland als durch die rassistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik der

Nazis derart kontaminiert, dass er fast verschwand. Zudem gab es in den ›Überbau‹-Schlachten des Kalten Krieges zwischen ›Freiheit‹ und ›Totalitarismus‹ für einen öffentlichen geopolitischen Diskurs keinen ideologischen Raum mehr, was aber nicht ausschließt, dass so gedacht und danach gehandelt wurde.

II. Geoökonomie und Geopolitik – Nach dem Ende des Kalten Krieges erlebte die Geopolitik – wie auch andere zuvor tabuisierte Begriffe, z.B. ›nationales Interesse‹ – ihre allmähliche Wiederbelebung. Kontrafaktisch zu den real aufziehenden Kriegen und Gewaltorgien auf dem Balkan, im Kaukasus und später im Nahen Osten, deren ethnische Kämpfe um Räume wie ein Rückfall in archaische Zeiten erschienen, entstanden vorwiegend im Westen Weltvorstellungen ganz anderer Art. Im Zentrum stand hier eine ›Neue Weltordnung‹ unter dem Primat der Ökonomie, auch Globalisierung genannt. Nach dem Sieg des westlichen Systems richteten sich die Hoffnungen und Erwartungen auf eine einheitliche, friedliche Welt, die durch die Herrschaft des Rechts und einen integrierten Weltmarkt als Basis eines globalen Wohlstands für alle gekennzeichnet sein würde. Die Zukunft gehöre den Zivil- und Handelsmächten, die Macht sollte sich nun in ziviler Währung bemessen und nicht mehr in militärischer Stärke; statt Panzer und Raketen sollten Ökonomie und technologische Innovationskraft als ihre entscheidenden Quellen gelten.

Mit dem Primat der Ökonomie als tendenziellem Ersatz für Politik wurde ein weltgeschichtlicher Umbruch von einer Welt der Staaten hin zu einer Gesellschaftswelt bzw. einer globalisierten Weltgesellschaft prognostiziert. In dieser schönen neuen Welt eines liberalen Internationalismus würden sich Feindschaften in friedlichen Wettbewerb auflösen und der durchaus reale Streit um Räume wäre nur noch ein Relikt einer längst überwundenen Vergangenheit. Hinzu kommt, dass in der globalisierten Moderne der Raum immer mehr durch Zeit ersetzt wird. Räume werden verstärkt durch moderne Technologie zur *quantité négligeable* relativiert,⁶ bedeutsam sind sie nur noch als Behälter für ökonomisch relevante Rohstoffe und Transportlinien oder als neue Kunsträume der Digitaltechnologie.

Ausgerechnet Ökonomen – *Michel Albert, Lester C. Thurow, Edward Luttwak, Jeffrey Garten* seien stellvertretend genannt – gossen in den Wein dieses liberalen Traums trübes Wasser. Statt der globalen Weltmarktintegration diagnostizierten sie politisch vermittelte Konkurrenzkämpfe zwischen den kapitalistischen Staaten um die globale Wirtschaftshegemonie. Wer wird welchen Anteil am Kuchen für sich gewinnen? Welche Variante von Kapitalismus wird sich durchsetzen und die Regeln des

globalen Wettbewerbs bestimmen? Aspiranten waren je nach Analyse neben den USA Europa (zuweilen auch Deutschland allein), Japan oder China mit jeweils verschiedenen Varianten von Kapitalismus. Machtkämpfe mischten sich in die Tauschgesellschaft der Ökonomen so sehr, dass manche Analytiker eine Regionalisierung der Weltwirtschaft mit konkurrierenden Ordnungsmodellen befürchteten. Dies war im engeren Sinne die Geburt der *Geoökonomie*, die aber mit ihrem Primat des Wirtschaftsgeschehens die Geopolitik noch ins Schattenreich verwies, denn als zentrales Schlachtfeld der Zukunft galt der weltweite wirtschaftliche Konkurrenzkampf. Bei aller Begeisterung für den Siegeszug des friedentiftenden Wettbewerbs auf den Weltmärkten blieb der Politik nicht verborgen, dass auch dieses sich selbst regulierende System ohne militärische Absicherung nicht auskommen werde. Damit hatte man die Grenzen ziviler Macht präzise definiert.⁷

Seit Beginn des Jahrtausends, verstärkt seit dem Irakkrieg der USA mit ihrer ›Koalition der Willigen‹, sank der Glaube an die Neue Weltordnung ebenso wie an eine *Pax Americana*. Stattdessen dominiert seitdem ein gegenüber den 1990er Jahren veränderter Diskurs, der mehr an die Zeit um den Ersten Weltkrieg erinnert als an eine Überwindung der Gegensätze in der Staatenwelt. Begriffe wie ›Imperium‹, ›Hegemonie‹ bzw. ›globales Gleichgewicht‹ in einer ›multipolaren Weltordnung‹ mit Regionalmächten als neues (altes) Weltordnungselement dominieren die Debatten um die Frage, wer die USA als Führungsmacht beerbt, wenn diese selbst nicht mehr in der Lage oder bereit sind (oder beides zugleich), diese Rolle einzunehmen. Einigkeit besteht gegenwärtig bestenfalls darin, dass die Welt, wenn nicht gar ›aus den Fugen‹ ist, so doch wenigstens in keinem stabilen Ordnungszustand.

Mit diesem Perspektivwechsel erscheinen auch die zahllosen regionalen Konflikte in einem anderen Licht. Exemplarisch stehen dafür gegenwärtig der Krieg in und um die Ukraine, die Annexion der Krim durch Russland, der Syrienkrieg und die Reaktion des Westens auf die vermeintlich geopolitische Wende Putinscher Außenpolitik mit ihrer Wiederentdeckung ›Eurasians‹.

III. Eurasien im Westen und Osten – Eurasien ist heute einerseits ein politisch-strategisches Projekt Russlands. Zu unterscheiden ist dabei das Konzept eines regionalen Wirtschaftsverbands mit Russland als Kern und ein größeres geopolitisches Zivilisationsprojekt als Kern einer neuen Weltordnung. Andererseits ist Eurasien aus einem amerikanischen Blickwinkel eine zentrale geopolitische Herausforderung. In der Tradition Mackinders sieht *Zbigniew Brzezinski*, ehemaliger Sicherheitsberater des amerikani-

schen Präsidenten *Jimmy Carter*, hier immer noch den geopolitischen Dreh- und Angelpunkt globaler Vorherrschaft. Sein Gegenspieler im Geiste der Geopolitik ist der russische Philosoph und Soziologe *Alexander Dugin*. Er verhalf der Geopolitik in den letzten fünfundzwanzig Jahren in Russland zu enormer Anerkennung und nutzt sie für eine Eurasienkonstruktion, die Brzezinskis Strategie umdreht und Eurasien zum Kern einer neuen, multipolaren Weltordnung macht. Brzezinskis Bücher erwecken zwar den Eindruck, sie seien die Drehbücher zur amerikanischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg. Aber als einflussreicher Strategie ist er ebenso wenig das Hirn der US-Außenpolitik, wie Dugin das Hirn Putins ist. Beide sind aber interessante Exponenten des geopolitischen Denkens der Gegenwart.⁸

Brzezinski ist ein Vertreter der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen mit starkem geopolitischem Einschlag. Schon Mitte der 1980er Jahre hatte er in *Planspiel* (1986) die Sowjetunion als Hüterin der eurasischen Landmasse als geopolitischen Gegenspieler der USA abseits ihrer kommunistischen Verfassung identifiziert. Auch ein nach westlichen Standards reformiertes Russland würde an dem Kampf der beiden Giganten um die globale Vorherrschaft nichts ändern. Die Macht ist aber asymmetrisch verteilt: Die USA gewinnen, wenn sie nichts verlieren, die Sowjetunion verliert, wenn sie nicht die Oberhand gewinnt. Als zentrale Kampfzonen eruiert Brzezinski die Bestandteile Europas, wobei das NATO-Europa als verlängerter Arm der USA unabdingbar bleibt, während Osteuropa als zu gewinnendes oder zumindest als zu neutralisierendes Terrain erscheint. Dieses weit ausgreifende Szenario entwickelt Brzezinski in *Die einzige Weltmacht* (1997) weiter. Jetzt sind die USA zwar die ›Weltsupermacht‹ ohne direkten Konkurrenten, aber der ›Kampf um Eurasien‹ – das gegenüber Mackinder mittlerweile auf den Raum von Lissabon bis Wladiwostock angewachsen ist – entscheidet weiterhin über die globale Hegemonie, da in dieser Region die machtrelevanten Ressourcen der Welt liegen. Gemäß der Machtasymmetrie ist es keineswegs amerikanisches Interesse, Mackinders *heartland* selbst zu kontrollieren, es darf sich aber in Eurasien keine gegen die amerikanische Vormachtstellung gerichtete Kraft etablieren. Strategisch entscheidend bleibt deshalb die dauerhafte Kontrolle der eurasischen Randzonen durch die USA, die Küstenstreifen des ›eurasischen Schachbretts‹ am Atlantik und Pazifik.

In Brzezinskis Analyse der internationalen Machtbeziehungen spielen andere Machtfaktoren wie Ökonomie und Technologie ebenfalls eine wichtige Rolle, aber sie ersetzen nicht die machtpolitisch entscheidende Kontrolle über Räume, und sie dürfen nicht den Blick für den Einfluss der geographischen Lage auf die strategischen Interessen der Staaten verstellen. Geopolitik ist für ihn keine Alternative zum universalistischen Normen-

und Wertesystem. Als liberaler Internationalist sind die USA für ihn auf lange Sicht die »unverzichtbare Macht«, weil ohne sie die gegenwärtige Welt in ein Chaos stürzen würde, aber sie sind nicht die Beherrscherin der Welt.

Alexander Dugin sieht dies aber als die Rolle der USA. Der Kampf gegen eine ausschließlich amerikanische Weltordnung und ihre Kultur ist seine Mission. Mit einer eigens dafür konstruierten Geschichtsphilosophie hat Dugin das definitive Ende der großen westlichen Ideologien des Faschismus, Kommunismus und vor allem des Liberalismus verkündet – und damit auch das Ende der amerikanischen Hegemonie. Als bekennender, postmoderner Eklektiker bedient er sich in der Begründung seiner mehr suggestiv als argumentativ vorgetragenen Thesen beliebig des gesamten zur Verfügung stehenden Theorieangebotes aus nahezu allen Disziplinen. Sein Gegenentwurf zur atlantischen Weltordnung des liberalen Internationalismus, seine Theorie der multipolaren Welt, findet den größten theoretischen Nutzen im *Konstruktivismus*.⁹ Wie die Theorien der internationalen Politik sind auch die Meistererzählungen des Westens lediglich Konstrukte. Deren Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Universalität dekonstruiert er mit Verweis auf ihren zeitlichen und räumlichen Kontext in der westeuropäischen Aufklärung. Dugins postmoderne, multipolare Welt sieht ihr Autor als Erbe der modernen westfälischen Staatenwelt. Das ist nicht als Verlust zu verstehen, es ist lediglich das Ende der Fiktion von *de jure* gleichen souveränen Staaten, denn das seien sie *de facto* schon in der unipolaren Weltordnung der USA ohnehin nicht mehr. Den Ausgang der neuen Weltordnung findet Dugin in Anlehnung an *Samuel Huntingtons Clash of Civilisations* (1996). Bezugspunkt ist nicht der von Huntington prognostizierte Zentralkonflikt zwischen Islam und dem Westen, sondern die Welteinteilung entlang von Zivilisationen, die für Dugin die Elemente eines neuen Pluriversum sind.

Zivilisationen definiert Dugin über ihre Kultur, insbesondere Religion, nicht über Politik und Ökonomie. Die Einheit der Welt löst sich bei ihm in (geopolitische) Zivilisationsblöcke mit jeweils eigenständigen, gleichwertigen und unterschiedlichen Kulturen, Normen und Werten auf, die sich in unterschiedlichen Formen von Politik und Ökonomie ausdrücken. Regionale Hegemone, die zu Weltmächten aufsteigen können, sind die Gestaltungskräfte in diesen neuen zivilisatorischen ›Großräumen‹ (im Sinne Carl Schmitts) und bilden eine Alternative zu den nun überholten, alten Nationalstaaten wie auch zum universalistischen Völkerrecht. Die neuen Führungsmächte setzen in ihren ›Großräumen‹ jeweils eigene Grenzen und Spielregeln. Die Weltordnung als Einheit zerfällt in separate Herrschaftsbereiche regionaler Großmächte, deren zivilisatorisches Profil auf Diffe-

renz beruht und die deshalb keine übergeordnete Zivilisation mit allgemeinen, universalen Werten und Normen anerkennen können.

Das Ordnungsproblem der anarchischen Staatenwelt reproduziert sich somit lediglich auf scheinbar höherer Ebene. Da Friede für Dugin kein hohes Gut ist und Pazifismus ihm als Zeichen von Dekadenz gilt, sieht er dem massiven Konfliktpotenzial seiner multipolaren Weltordnung gelassen entgegen.

Dugins Kampf gegen den westlichen Individualismus, die Menschenrechte und Demokratie als »universale Norm« erfolgt im Namen des Rechtes auf Selbstbestimmung der pluralen Zivilisationen. Die Konstituierung der zivilisatorischen Großräume wirft die entscheidende Frage auf, wer in dieser multipolaren Welt über die kulturelle, politische und gesellschaftliche Ordnung entscheidet bzw. darin über sich selbst bestimmen kann. Wer ist der Souverän? Dugin flüchtet sich hier – in Analogie zu Carl Schmitts berühmter Formel, Souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheide – in einen reinen Dezisionismus: eine logische Konsequenz seines Zivilisationsmodells, denn mit der Suspendierung der (westlichen) Rationalität wird Herrschaft von jeglicher vernünftigen Legitimation befreit. Damit kann jede Zivilisation ihr begründungsfreies Eigenleben entfalten, da eine fremde, außerhalb der eigenen Zivilisation ansetzende Instanz ihr Recht verloren hat. Die zentrale Frage des Politischen findet ihre Antwort nur noch in der Faktizität der Macht.

Dugins Eurasien lässt sich einerseits als Wiederbelebung alter antieuropäischer Traditionsbestände der russischen Kulturgeschichte im Geiste *Danilewskis* (oder auch *Dostojewskis*) zur Rettung der russischen Identität lesen. Andererseits als das Bemühen, die gegenwärtige Regionalmacht Russland als Zentrum Eurasiens zur Weltmacht aufsteigen zu lassen, um als Element der multipolaren Neuordnung die Hegemonie des amerikanischen Westens zu brechen.

IV. Was leistet die Geopolitik? – Der kurze Gang durch die Begriffsgeschichte der Geopolitik zeigt, dass es sich hierbei um keine einheitliche Problemstellung und erst recht nicht um eine exakte Naturwissenschaft handelt, die einer politischen Praxis gesicherte Handlungsorientierungen geben könnte. Die Geographen müssen erkennen, dass auch Landkarten gelesen und interpretiert werden müssen, was nicht interesselos erfolgt. In der klassischen (deutschen) Phase der Geopolitik wird weniger die Politik durch den Raum erklärt, als vielmehr die Bedeutung des Raumes für ein vorausgesetztes politisches Ziel erschlossen. Geopolitik ist hier vor allem Legitimationslieferant für imperialistische Expansion. In dieser Tradition wandelt das geopolitisch drapierte Zivilisationsprojekt Eurasien Alexander

Dugins und seiner (auch westeuropäischen) Anhänger. Seine Faszination scheint es vor allem aus seiner dezidiert antimodernen Stoßrichtung gegen das universalistische Normen- und Wertesystem des Westens zu beziehen. Mit dieser bedeutender werdenden Ausrichtung hat dieses Projekt noch weitere Ungeister im Gepäck: die (vor allem deutschen) Vordenker einer Konservativen Revolution.

Der Raum an sich ist ohne Bezug zu militärischen und ökonomischen Funktionen eine zu metaphysischen und mystischen Spekulationen einladende Größe. Dabei bedient sich politischer Wille als Weltanschauung einer Kategorie ohne analytischen Wert. Der Raum an sich verschafft in der Regel keine Macht, er wird durch raumgreifende Mächte aber relevant. Geopolitik ist immer Einflusssphärenpolitik.¹⁰ Bei Mahan und Mackinder sind Räume im Spannungsverhältnis von Land und Meer, Land gegen Seemacht, als Quellen globaler Vorherrschaft relevant. Geopolitik steht hier in der angelsächsischen Tradition der Handels- und Seemächte keinesfalls im Widerspruch zu einer universalistischen Weltordnung. In dieser Tradition stehen heute Brzezinski und auch *Kissinger*. Ihre Analysen zielen auf globale Machtbeziehungen, Weltordnung, und darin erhält Geopolitik ihren Stellenwert. Hinzu kommt, dass diese gegenwärtig prominentesten Vertreter der realistischen Schule geopolitischen Aspekten für die Formulierung außenpolitischer Strategien und Analysen eine herausragende Rolle zuweisen.

Das führt zu der Frage, was die Außenpolitik eines Staates bestimmt und welchen Einfluss geographische Gegebenheiten auf die Definition ›nationaler Interessen‹ haben. In diesem Diskurs werden die anarchische Staatenwelt als Ordnungsrahmen und meistens ein Primat der Außenpolitik vorausgesetzt. Jeder Staat strebt nach Eigensicherung und verfolgt gemäß seinen geographischen Bedingungen, seiner Geschichte und kulturellen Tradition seine ›nationalen‹ Interessen. Pointiert bringt es der englische Staatsmann Lord *Palmerston* auf die Formel: Staaten hätten keine ›ewigen Feinde‹, sondern nur ›ewige‹ Interessen. Angeblich in Stein gemeißelte, für jeden erkennbare objektive nationale Interessen, die sich in einer ›Staatsräson‹ verstetigen, finden ihre Plausibilität in zahlreichen Beispielen wie etwa Großbritanniens ›ewigen‹ Interessen als weltumspannende Seemacht mit Insellage, die Landmacht Russland und ihre Suche nach Zugang zum Meer oder Polens geographisch bedingtes Sicherheitsinteresse zwischen zwei Großmächten, mitsamt den leidvollen Erfahrungen einer fragilen staatlichen Existenz.

Gegen die Lehre vom Primat der Außenpolitik, die den Interessen eine von den politischen Akteuren abgekoppelte Objektivität verleiht und alle gesellschaftlichen Einflüsse kategorisch ausklammert, gab es schon früh

gravierende Einwände. Der Paradigmenwechsel zum ›Primat der Innenpolitik‹ vollzog sich nicht zufällig im Kalten Krieg und lieferte zugleich dessen Leitthema. Welche innere Struktur: Demokratie oder Sozialismus, ist die Voraussetzung für Frieden? Weder die Politik noch die Wissenschaft haben darauf bislang eine befriedigende Antwort gegeben. Unstrittig ist dagegen, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren bei der Interessenermittlung nicht mehr ausgeklammert werden können.

Als problematisch mit praktischen Folgen erweist sich die Annahme objektiver oder natürlicher Interessen. Wie uns der altgriechische Philosoph *Epiktet* lehrt, bestimmen nicht die Fakten, sondern unsere Meinungen über Fakten unser Handeln. Folglich beruhen Interessen immer auch auf Interpretationen von Sachverhalten, über deren Objektivität nur Subjekte befinden können. Die Annahme objektiver Interessen wird sogar gefährlich, wenn ein Staat einem anderen Staat solche zuschreibt, die dieser aber gar nicht als solche erkennt oder akzeptiert, besonders wenn die anders artikulierten Interessen dann von der Gegenseite wiederum als unwahr oder als Camouflage der eigentlichen, ›objektiven‹ Interessen interpretiert werden. Wie viel Streit bis hin zum Krieg hier seine Ursache hat, wäre noch zu ermitteln. Frei vom Trugbild dieser Objektivität, ist das außenpolitisch wirksam werdende Interesse eines Staates das empirische Resultat konkurrierender Interessen und Werte im Innern. Das schließt je nach Rahmenbedingungen einen mehr oder weniger großen Konsens über ›nationale Interessen‹ nicht aus. Welche Rolle dabei die Geographie spielt, lässt sich *a priori* nicht beantworten.

Deutschland ist mit seiner Mittellage in Europa ein Musterbeispiel für eine geopolitische Prägung, die der Historiker *Hagen Schulz* so formulierte: »Die große Konstante der deutschen Geschichte ist die Mittellage in Europa; Deutschlands Schicksal ist die Geographie.«.¹¹ Das Schicksal bot und bietet aber mehrere Antworten auf diese deutsche Konstante: Hammer oder Amboss, Weltmacht oder Niedergang, ein deutsches Europa oder ein europäisches Deutschland, Sicherheit vor oder mit den Nachbarn sind mögliche Alternativen. So lehrt die geschichtliche Erfahrung, dass die Geographie wohl Fragen stellt, aber keine zwingenden Antworten gibt. Herfried Münklers Unterscheidung in eine starke und eine schwache Variante geopolitischen Denkens ist hier hilfreich. In der starken schreibt die Geopolitik vor, was zu tun und zu lassen ist, in der schwachen verweist sie lediglich auf die Berücksichtigung geopolitischer Aspekte – und seien sie auch nur für den Gegenspieler von Relevanz – bei der Konzeption einer eigenen politischen Strategie.¹² Ein geopolitischer Determinismus ist eine gefährliche Falle, aber deshalb die geographischen Faktoren zu ignorieren, wäre fahrlässig.

- 1 Als neuere Einführungen und Überblicke zum Thema Geopolitik sei verwiesen auf Robert Meyer: *Europa zwischen Land und Meer. Geopolitisches Denken und geopolitische Europa-modelle nach der ›Raumrevolution‹*. Göttingen 2014; Yves Lacoste: *Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik*. Berlin 1990; Geoffrey Parker: *Western geopolitical thought in the twentieth century*. London & Sydney 1985; Jürgen Osterhammel: *Die Wiedergeburt des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie*. In: *Neue Politische Literatur* 43 / 1998, S. 374–397; Rainer Sprengel: *Kritik der Geopolitik. Ein deutscher Diskurs 1914-1944*. Berlin 1996; Heinz Gollwitzer: *Geschichte des weltpolitischen Denkens*. Bd. II. Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege. Göttingen 1982.
- 2 So Dan Diner: »Grundbuch des Planeten«. Zur Geopolitik Karl Haushofers. In: *Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte*, 32. Jg. H. 1, 1984, S. 26 f. – Diner verweist darauf, dass gegen Hitlers vom Rassegedanken konstruiertes »Großgermanisches Reich« Haushofers Neuordnungspläne begrenzteren nationaldeutschen Expansionsplänen folgte. Der in diesem Sinne bedeutendere geopolitische Denker ist der Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt, vgl. ders.: *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*. Berlin 1941 (Neudruck Berlin 1991). Siehe dazu die immer noch lesenswerte Studie aus dem Jahre 1944 von Franz Neumann: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Frankfurt a.M. 1977, S. 169-268 sowie den Sammelband von Rüdiger Voigt (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*. Stuttgart 2008.
- 3 Halford J. Mackinder: *The Geographical Pivot of History*. In: *The Geographical Journal*, Vol. 23, No. 4 (April 1904), S. 421-437 und A.T. Mahan: *Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte*. 2 Bde. Berlin 1896 /1899.
- 4 G. Parker (Anm. 1) S. 22.
- 5 So Herfried Münkler: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin 2015, S. 259; zum geopolitischen Denken in der US-Außenpolitik vgl. Stefan Fröhlich: *Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Landsberg a. Lech 1998 und ders.: *Zwischen selektiver Verteidigung und globaler Eindämmung. Geostrategisches Denken in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges*. Baden-Baden 1998.
- 6 Diese These vertrat mit Verweis auf die modernen Luftwaffensysteme schon Raymond Aron, vgl. ders.: *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*. Frankfurt a.M. 1963, S. 459 ff.; siehe auch neuerdings Rüdiger Voigt, der von einer Entterritorialisierung der Politik ausgeht, in ders.: *Weltordnungspolitik*. Wiesbaden 2005, S. 97 ff.
- 7 Siehe dazu für die Bush-jr.-Administration Thomas P.M. Barnett: *Die neue Weltkarte des Pentagon*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5 / 2003, S. 554-564. Zu den kontroversen Einschätzungen einer neuen Weltordnung in den 1990er Jahren vgl. ausführlicher Rolf Wortmann: *Wohin treibt die Welt? Die Diskussion über die Neue Weltordnung*. In: *Krieg und Literatur / War and Literature* Vol. VI, No. 11/12, 1994, S. 151-166.
- 8 Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim u.a. 1997 sowie ders.: *Planspiel. Das Ringen der Supermächte um die Welt*. Erlangen u.a. 1989 (engl. 1986), ferner Alexander Dugin: *Konflikte der Zukunft. Die Rückkehr der Geopolitik*. Selent 2014. Darin erscheint Eurasien als (geo)strategische Basis russischer Weltpolitik.
- 9 Dugins Konstruktivismus ist nicht zu verwechseln mit den »Critical Geopolitics«, deren post-strukturalistischer Forschungsansatz im Gefolge des »linguistic turn« in den Sozialwissenschaften ein eigenes Thema wäre.
- 10 Gerade im Zusammenhang mit der Ukrainekrise stellte sich die Frage, ob geopolitische Einflussphärenpolitik eine russische Domäne ist oder auch im Westen praktiziert wird. Die Ausdehnung und Gültigkeit des westlichen Regelwerkes, z.B. der EU, findet nicht in einer raumlosen Welt statt. Normen, Regeln und Werte brauchen auch Räume, um Geltung zu erlangen und daher ergeben sich kritische Fragen, was Mittel und was Zweck ist. Geht es »nur« um die Verbreitung des europäischen Regelwerkes oder ist dies ein Mittel, einen geostrategisch höchst bedeutsamen Raum wie die Ukraine oder vergleichbare Erweiterungskandidaten für sich zu gewinnen oder zu kontrollieren?
- 11 Hagen Schulze: *Weimar. Deutschland 1917-1933*. Berlin 1982, S. 16.
- 12 Münkler (Anm. 5), S. 259; eine schwache Variante vertritt neuerdings Tim Marshall, vgl. ders.: *Die Macht der Geographie*. München 2015, S. 8, denn Geopolitik zeige keine Determinanten auf, helfe aber, internationale Angelegenheiten besser zu verstehen.